



Ausschuss für Kommunalpolitik

97. Sitzung (öffentlich)

19. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Rainer Klemann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 9 |
| 1 Kommunale Demokratie stärken – Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern – Mehr Transparenz über die Arbeit in den kommunalen Vertretungen schaffen! | 10 |
| Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3426 | |
| Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3546 | |

In Verbindung mit:**Aktueller Sachstand zum Abschlussbericht der Arbeitsgruppe
„Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter
verbessern“**

Tischvorlage
siehe Anlage zu TOP 1

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt die Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“ (*siehe Anlage zu TOP 1*) zur Kenntnis und verständigt sich darauf, sich Ende August 2015 mit dem dann vorliegenden Abschlussbericht zu beschäftigen.

2 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

In Verbindung mit:**Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5743

Und:**Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5500

Sowie:**Bürgermeisterabwahl vereinfachen**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5499

Ausschussprotokoll 16/858

- a) Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene 15**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik fasst auf Wunsch der Piratenfraktion keinen Beschluss über diesen Gesetzentwurf. Die Piratenfraktion wird sich bemühen, ihn von der Tagesordnung des Plenums in der kommenden Woche nehmen zu lassen, und zu einem späteren Zeitpunkt ein Signal geben, wenn er wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses genommen werden soll.
- b) Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden 17**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik lehnt diesen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion ab.
- c) Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht 18**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik lehnt diesen Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion ab.
- d) Bürgermeisterabwahl vereinfachen 21**
- Die Piratenfraktion wird über ihren Parlamentarischen Geschäftsführer gegenüber der Präsidentin schriftlich erklären, dass sie diesen Antrag zurückzieht.
- 3 Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse 22**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8385
- Stellungnahme 16/2763
Stellungnahme 16/2764
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3029
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt diesen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und

Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion an.

- 4 Entwurf der Vierten Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – des Landes Nordrhein-Westfalen (AB-SGB XII NRW) vom 16. Dezember 2004** 26

Vorlage 16/2950

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt den Entwurf dieser Verordnung zur Kenntnis.

- 5 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle** 27

Vorlage 16/2860

Der Ausschuss für Kommunalpolitik verständigt sich darauf, sich an der hierzu durchgeführten Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 31. August 2015 pflichtig zu beteiligen.

- 6 Gesetz zum Bürokratieabbau in den Kommunen – Kommunales Bürokratieabbaugesetz** 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8649

Stellungnahme 16/2788

In einem Obleutegespräch wird eine Verständigung über das weitere Vorgehen in Bezug auf das von der CDU-Fraktion hierzu vorgeschlagene Fachgespräch erfolgen.

7 Die Anerkennung der Flüchtlingsproblematik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung 29

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639

Die CDU-Fraktion beantragt, zu diesem Antrag ein Fachgespräch durchzuführen. Der Vorsitzende bittet, dabei den Gesamtterminplan im Blick zu behalten und noch einmal über die Möglichkeit einer verbundenen Debatte mit dem Antrag von CDU und FDP Drucksache 16/8122 – Neudruck –, gegebenenfalls auch zu einem späteren Zeitpunkt als Ende August 2015, nachzudenken.

8 Der Fall Kühn bleibt weiter ungeklärt – Warum bleibt die Landesregierung untätig? 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2839

Der Ausschuss diskutiert über diesen Bericht der Landesregierung.

9 Kommunale Folgen der neuen Bevölkerungsprognose 33

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2882
Vorlage 16/3001

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

10 Wird die Landesregierung jemals einen Kommunalfinanzbericht vorlegen? 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3024

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

11 Konsequenzen des Kölner Wahldebakels – Welchen Schaden nimmt die Demokratie? 35

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3025

Der Ausschuss diskutiert engagiert über diesen Bericht der Landesregierung.

12 Landespläne für die Verteilung der Investitionsmittel des Bundes in Höhe von 1,125 Milliarden € in NRW – Welche Kommunen erhalten Unterstützung? 39

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3026

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung nach kurzer Diskussion zur Kenntnis.

13 Ungebremster Anstieg der kommunalen Schulden in Nordrhein-Westfalen 40

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3021

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

14	Verschiedenes	41
a)	Beratungsverfahren zum Gesetz zur Neuregelung des Brand- schutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes	41
b)	Terminplan 2016 Tischvorlage <i>siehe Anlage zu TOP 14</i>	41
c)	Nächste Sitzungen des Ausschusses für Kommunalpolitik	41

* * *

2 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

In Verbindung mit:

Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5743

Und:

Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5500

Sowie:

Bürgermeisterabwahl vereinfachen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5499

Ausschussprotokoll 16/858

Die beiden Gesetzentwürfe und die beiden Anträge der Piratenfraktion seien vom Plenum im April, Mai und Juni 2014 an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden, ruft **Vorsitzender Christian Dahm** in Erinnerung. Der Ausschuss habe hierzu am 13. März 2015 eine gemeinsame Anhörung durchgeführt. Bei der heutigen Sitzung stehe die abschließende Befassung mit diesen vier Beratungsgegenständen an. Hierzu werde er sie einzeln aufrufen.

a) Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene

Frank Herrmann (PIRATEN) beantragt, die Beratung über diesen Gesetzentwurf zurückzustellen, bis das unter Tagesordnungspunkt 1 angekündigte Ergebnis der von der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“ angeregten Prüfung zum Thema „Streaming“ vorliege.

Vorsitzender Christian Dahm gibt seiner leichten Irritation Ausdruck. Schließlich stehe dieser Gesetzentwurf in der kommenden Woche auf der Tagesordnung des Plenums zur abschließenden Entscheidung.

Das sei ihm bekannt, erwidert **Frank Herrmann (PIRATEN)**. Inzwischen habe er aber, und zwar erst gestern Abend per E-Mail, die Tischvorlage der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“ erhalten, in der die mögliche Präzisierung von Rechtsgrundlagen zum Streaming explizit erwähnt sei. Insofern wolle seine Fraktion ihren Gesetzentwurf gerne zurückstellen, um beide Beratungsgegenstände miteinander zu verbinden.

Vorsitzender Christian Dahm hätte es begrüßt, wenn dieser Wunsch vorab durch den Parlamentarischen Geschäftsführer der Piratenfraktion geäußert worden wäre. Da dieser Gesetzentwurf nun auf der Tagesordnung des Plenums stehe, stehe der Ausschuss für Kommunalpolitik heute unter Zugzwang und müsse eigentlich darüber abstimmen. Allerdings wolle er sich dem Wunsch der Piratenfraktion, diesen Gesetzentwurf von der Tagesordnung zu nehmen, nicht generell verschließen.

Michael Hübner (SPD) wirft die Frage auf, wie das Plenum mit einem im Fachausschuss nicht abgestimmten Gesetzentwurf umgehen solle. Wenn er im Plenum auf der Tagesordnung bleibe, habe seine Fraktion keine andere Möglichkeit, als ihn dann dort abzulehnen.

Im Übrigen müsse man hier differenzieren. Unter anderem zu diesem Gesetzentwurf habe der Ausschuss für Kommunalpolitik eine Anhörung durchgeführt, bei der es um einen ganz anderen Beratungsgegenstand gegangen sei als in der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“. Diese Anhörung habe das klare Ergebnis gehabt, dass Streaming grundsätzlich möglich sei. Dort seien nur noch einmal die Faktoren herausgearbeitet worden, die erfüllt sein müssten, um Streaming durchführen zu können – beispielsweise das individuelle Recht jedes Einzelnen, der Übertragung seiner Beiträge entweder zuzustimmen oder das nicht zu tun. Weil die Ratsmitglieder eben nicht komplett in der Öffentlichkeit stünden, sei das anders zu bewerten.

Seine Fraktion sehe mehrere Optionen. Sie könne den Gesetzentwurf heute ablehnen. Man könne ihn auch gerne von der heutigen Tagesordnung herunternehmen. Die SPD-Fraktion könne ihn auch im Plenum ablehnen.

Vorsitzender Christian Dahm schlägt vor, diesen Gesetzentwurf von der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen und nicht in eine weitere Diskussion einzusteigen.

Mario Krüger (GRÜNE) erkundigt sich, ob der Gesetzentwurf dann, wenn der Ausschuss für Kommunalpolitik ihn heute nicht behandle und damit auch keine Beschlussempfehlung ausspreche, automatisch von der Tagesordnung des Plenums heruntergenommen sei.

Das sei nicht der Fall, erwidert **Vorsitzender Christian Dahm**. Die Piratenfraktion müsse über ihren Parlamentarischen Geschäftsführer versuchen, den Gesetzentwurf von der Tagesordnung des Plenums nehmen zu lassen.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik fasst auf Wunsch der Piratenfraktion keinen Beschluss über diesen Gesetzentwurf. Die Piratenfraktion wird sich bemühen, ihn von der Tagesordnung des Plenums in der kommenden Woche nehmen zu lassen, und zu einem späteren Zeitpunkt ein Signal geben, wenn er wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses genommen werden soll.

b) Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden

Torsten Sommer (PIRATEN) meint, die Anhörung habe eindeutig ergeben, dass es überhaupt kein Problem sei, die Quoren zu senken bzw. sogar abzuschaffen; denn je geringer das Quorum sei, desto mehr Bürgerinnen und Bürger würden ihre kommunalen Entscheidungsbefugnisse wahrnehmen, weil dann jede Stimme zähle. Daher bitte er um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Hans-Willi Körfges (SPD) widerspricht dieser Interpretation. Im Übrigen unterscheiden sich die Wahrnehmungen der bei Anhörungen getroffenen Aussagen häufig. Er räume ein, dass Alexander Trennheuser von Mehr Demokratie e. V. das Anliegen der Piratenfraktion vehement unterstützt habe. Mit seiner Begeisterung sei er allerdings ziemlich alleine gewesen. So habe zum Beispiel Prof. Dr. Janbernd Oebbecke ausgeführt:

„Das Schwierige bei all diesen Fragen ist ja, dass nicht so leicht zu bestimmen ist, was jetzt eigentlich progressiv ist und worin der Fortschritt besteht, ...“

Dem könne sich die SPD-Fraktion – übrigens gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden – vollinhaltlich anschließen. Nach Ansicht seiner Fraktion würde eine Umsetzung des Anliegens der Piraten eher dazu führen, dieses Instrument abzuwerten und kaputt zu machen, und darüber hinaus auch die Kommunen vor relativ große Probleme stellen. Insoweit sei sie wie die überwiegende Anzahl der Sachverständigen der Meinung, dass dieser Gesetzentwurf abgelehnt werden müsse.

Mario Krüger (GRÜNE) stimmt dem Abgeordneten Körfges zu. In der Tat gebe es das Problem der unterschiedlichen Wahrnehmung. Nicht ohne Grund würden über Anhörungen Wortprotokolle erstellt, um das Ganze noch einmal im Detail nachlesen zu können. Das empfehle er auch jedem. Bis auf Alexander Trennheuser habe sich niemand dafür ausgesprochen. Im Übrigen sehe der Gesetzentwurf nicht eine Absenkung, sondern eine Abschaffung von Quoren bei Bürgerentscheiden vor. Hierzu seien die Aussagen in der Anhörung eindeutig gewesen. Insofern werde auch seine Fraktion diesen Gesetzentwurf ablehnen.

